

■ Diese Einzelmaßnahmen müssen durch ein Programm der systematischen Energieeffizienzsteigerung und der Einführung erneuerbarer Energien als Standard unterfüttert werden. Hierzu ist das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Programm „Weg von fossilen Energieträgern – Umweltschutz schafft Arbeit“ im Landesenergieprogramm und gesetzlich zu verankern, konsequent umzusetzen und in den nächsten Legislaturperioden fortzuschreiben. Hierzu gehören:

1. Die **umfassende Wärmeschutzsanierung der öffentlichen Gebäude** und der Gebäude landeseigener Unternehmen, hierfür wird das Modell der Energiesparpartnerschaft intensiviert und in alle Contractingverträge die Pflicht zur Erreichung von Wärmeschutzstandards entsprechend der jeweils gültigen Wärmeschutzverordnung aufgenommen.
2. Die schrittweise **Wärmeschutzsanierung des Berliner Gebäudebestandes**. Hierbei übernehmen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine Vorreiterfunktion; sie werden verpflichtet, im Zuge von Instandhaltungsmaßnahmen an Außenfassaden und Dach zugleich Wärmeschutzsanierung durchzuführen. Darüber hinaus werden im Ergebnis energetischer Bestandsaufnahmen und eines Benchmarkings weitere Energieeinsparpotenziale erschlossen.
3. Die konsequente umweltorientierte Beschaffung aller öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen im Landesbesitz, so dass künftig nur noch die energieeffizientesten Produkte zum Einsatz kommen. Alle öffentlichen Einrichtungen sollen ab dem Jahr 2007 nur noch Pkw beschaffen, die im Stadtzyklus weniger als 6,5 Liter Kraftstoff auf 100 km verbrauchen, ab dem Jahr 2009 5,5 l/100 km und ab dem Jahr 2011 5,0 l/100 km (bzw. einer entsprechenden CO<sub>2</sub>-Emission). Für die Anschaffung von Lkw ist ein analoges Zielsystem zu verabschieden.
4. Die Einführung eines stadtweiten Vorranggebiets für Fernwärme, Wärme aus KWK-Anlagen bzw. Kombinationsanlagen mit einer Mindestquote erneuerbarer Energien im Zuge von Neubauten, umfassenden Modernisierungen und Heizungsaustausch. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn es sonst zu einer wirtschaftlichen oder technischen Unzumutbarkeit käme.



Die Erzeugung von Raumwärme stellt den größten Endenergieverbrauch dar, deshalb ist die systematische Wärmeschutzsanierung aller Berliner Bauten auch eine besonders wichtige Zukunftsinvestition. Hier am Beispiel der GSW-Siedlung in der Obstallee in Spandau.



## VI. Wirtschaften und Arbeiten Den Standort stärken und Teilhabe fördern



## 1. Problembeschreibung

Berlin war bis zum II. Weltkrieg eine der dynamischsten und größten Industriestädte Europas. Seitdem hat der Wirtschaftsstandort dramatisch an Leistungskraft eingebüßt, diese Entwicklung hat sich seit 1990 weiter verschärft. Zwischen 1991 und 2004 ist die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) um zwei Drittel zurückgegangen. Dieser Schrumpfungsprozess konnte nur zum Teil durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors kompensiert werden. So ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin bis 2004 auf 298.000 gestiegen (Stat. Landesamt 2005).

Eine ähnlich dramatische Fehlentwicklung stellt die Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in sog. prekäre Arbeitsverhältnisse dar, zu denen beispielsweise Scheinselbständigkeit, Zeitverträge und Mini-Jobs zählen. Sie gefährden den Lebensmindeststandard und kumulieren sich bei bestimmten Gruppen, die durch niedrige Qualifikation und Fortbildungschancen, Gesundheitseinschränkungen und geringere Sozialkompetenz gekennzeichnet sind.

Somit sind für viele Gruppen ein bestimmter Wohlstand (Einkommen) sowie Erwerbsarbeit im Sinne einer befriedigenden Tätigkeit nur eingeschränkt erreichbar oder sogar vollständig unmöglich. Auch aus diesem Grund waren z.B. 2002 in Berlin rund 533.000 Personen (15,6 %) von Armut betroffen. Die große Arbeitslosenanzahl hat verschie-

dene Ursachen. Zu den wichtigsten gehören die gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung und berlinspezifische Besonderheiten.

In Deutschland hat die Arbeitslosigkeit tendenziell von 0,147 Mio. (1965, nur alte Bundesländer) auf 4,381 Mio. (2004, alte und neue Bundesländer) zugenommen (Bundesministerium für Gesundheit und Soziales 2005). Diese Entwicklung ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die wirtschaftlichen Wachstumsraten nicht ausreichen, um die Steigerung der Produktivität zu kompensieren und ausreichend Arbeitsplätze gemäß der Qualifikation der Menschen zu schaffen. Diese Tendenz kann durch die traditionellen Instrumente der Wirtschaftspolitik nicht ausreichend verändert werden, sondern verlangt eine mehrgliedrige Strategie, wie sie im Leitbild vorgestellt wird. Dieser Zusammenhang gilt auch für Berlin.

Hinzu kommen als **berlinspezifische Besonderheiten**:

- Die massive Abwanderung von wichtigen Unternehmen (Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen) in den Zeiten des Kalten Krieges,
- der Niedergang der Industrie im Ostteil der Stadt nach 1990 und
- Qualifikationsprobleme; mehr als 40 % der Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung und auch auf dem Ausbildungsstellenmarkt herrschen erhebliche Ungleichgewichte.

Zusammengefasst lassen sich die aktuellen Entwicklungstendenzen und Umbrüche der Arbeit wie folgt beschreiben: Dauer- und Massenarbeitslosigkeit grenzen große soziale Gruppen von produktiver Arbeit, Einkommen und Anerkennung aus. Steigende Flexibilität und Diskontinuität der Arbeiten verringern die soziale Sicherheit und erzeugen neue Belastungen (Stress, private Koordination, lebenslanges Lernen). Diesen strukturellen Problemen stehen zahlreiche Standortvorteile und Chancen gegenüber, an die anzuknüpfen ist. Hierbei wird der BerlinStudie von 2000 und der Enko 2005 „Eine Zukunft für Berlin“ (Drs. 15/4000: 27) gefolgt.



Die negative Entwicklung im Produzierenden Gewerbe zeigt sich auch an dem hohen Leerstand von Gewerbeflächen.

## 2. Leitbild

Nachhaltiges Wirtschaften basiert auf der Leitidee einer sozial-ökologischen Markt- bzw. Gemischtwirtschaft, die von einem ausgewogenen Verhältnis von Marktmechanismen und Eingriffen der Politik geprägt ist. Überall dort, wo es zum Marktversagen kommt, greift die Politik mit den Instrumenten der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Eine derartige sozial-ökologische Marktwirtschaft verfolgt verschiedene wirtschaftspolitische Ziele. Zu ihnen gehören: hoher Beschäftigungsgrad bei hoher Arbeitsqualität, wirtschaftliche Entwicklung im Sinne eines qualitativen Wachstums, Preisstabilität (inkl. Verhinderung der Wettbewerbsbeschränkungen), handlungsfähiger Staatshaushalt bei ausreichender Ausstattung mit meritischen/kollektiven Gütern und angemessene Verteilung der Einkommen zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten sowie Männern und Frauen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Entwicklungszusammenarbeit. Viele dieser Ziele kann ein Bundesland aus eigener Kraft nicht erreichen, daher wird insbesondere das Ziel des hohen Beschäftigungsgrades verfolgt.

Viele Politiker hoffen, dass sich durch den demographischen Wandel in Deutschland das Problem der Arbeitslosigkeit lösen wird. Das stellt aber eine Illusion dar, tatsächlich wird der Bevölkerungswandel die Spaltung des Arbeitsmarktes nur verschärfen: Einerseits werden wenige besonders qualifizierte Arbeitskräfte gesucht, andererseits aber in den meisten Wirtschaftssektoren aufgrund des technischen Fortschritts und der Mittelknappheit der Kommunen weiterhin Arbeitsplätze abgebaut, so dass ohne zusätzliche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit auch in Zukunft unvermeidbar hoch bleiben wird.

Diese Problemlage benötigt mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung neue Ansätze in der Politik, die sich durch einen innovativen Stil, einen veränderten Instrumenteneinsatz und einen über das bisherige Spektrum hinaus gehenden Weitblick auszeichnen.

Vor diesem Hintergrund werden die folgenden Strategieansätze verfolgt, von denen keiner allein das Arbeitslosenproblem lösen kann. Nur die Verfolgung aller fünf Ansätze bietet eine Hoffnung auf Erfolg:

1. Intensivierung des qualitativen Wachstums
2. Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe
3. Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Bildungsstandortes
4. Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verteilung der Arbeit
5. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Ein Teil dieser Strategieansätze kann seine volle Wirkung nur entfalten, wenn der Bund die notwendigen Rahmenbedingungen hierzu schafft. Darauf sollte Berlin aber nicht warten, sondern seine Potenziale im Rahmen des Möglichen selbst einsetzen. Im Folgenden werden die dargestellten Strategieansätze einzeln vorgestellt und anknüpfend an die Enko „Zukunftsfähiges Berlin – Lokale Agenda 21“ 2001 (Drs. 14/1460) jeweils Qualitäts- und Handlungsziele formuliert.

Über die Lösungsansätze zur Beschäftigungsproblematik hinaus werden zwei weitere Teilbereiche beschrieben, die inhaltlich zum Wirtschaften und Arbeiten gehören: „Verbraucherverhalten“ und „Gestaltung der Informationsgesellschaft“.



Zukunftsfähiges Wirtschaften basiert auf der Leitidee einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, die allen Menschen eine Chance auf Erwerbsarbeit geben will. Hier am Beispiel der High-tech-Industrie in Berlin-Adlershof.



### 3. Teilbereiche

#### 3.1 Qualitatives Wachstum

Einerseits ist die Forderung nach einem größtmöglichen stetigen wirtschaftlichen Wachstum angesichts der globalen Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht zukunftsfähig. Andererseits fehlte einem bewussten Verzicht auf eine weitere wirtschaftliche Entwicklung

und damit der Steigerung von Einkommen und umfassendem Erhalt des Wohlstandsniveaus die Akzeptanz in der Bevölkerung. Daher geht die vorliegende Agenda von der Leitidee eines qualitativen Wachstums aus, in der die Steigerung der Ressourcenproduktivität ständig über dem wirtschaftlichen Wachstum liegen muss, sodass der Verbrauch der natürlichen Ressourcen jährlich zurück geht.



#### Qualitätsziele

Es findet eine wirtschaftliche Entwicklung im Sinne eines qualitativen Wachstums statt. Dabei werden die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit eingehalten. Ziel dieser Entwicklung ist es, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen und dadurch allen Erwerbstätigen ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen. Die Arbeitsbedingungen sind so gestaltet, dass sie die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährden. Hierdurch wird auch das Erreichen der im Teilbereich Gesundheit verankerten Ziele unterstützt (siehe Abschnitt Gesundheit I 3.2). Unternehmen, die zur Daseinsvorsorge und zur Grundsicherung des Bedarfs für die Bevölkerung tätig sind, werden als wettbewerbsfähige kommunale Unternehmen geführt. Die Unternehmen sind in der Lage, ihre Leistungen konkurrenzfähig anzubieten. Dazu zählen z.B. Betriebe der Gesundheitsversorgung, Mobilitätssicherung, der Abfallentsorgung sowie Einrichtungen zur Sicherung lebenswichtiger Ressourcen und ausreichend große Wohnungsbestände.



#### Handlungsziele

- Die Ressourcenproduktivität wird bis 2015 verdoppelt (gegenüber 1990) und bis 2030 um den Faktor 4 erhöht.
- Senkung des Anteils der Erwerbstätigen, die unter die Armutsgrenze fallen, auf 0 %.
- Senkung der bekannt gewordenen Berufskrankheiten um 25 %.



#### Maßnahmen

- Berlin setzt sich für Mindestlöhne ein, wie sie in der Mehrzahl der europäischen Staaten üblich sind. Hiermit soll erreicht werden, dass kein Erwerbstätiger (über 30 Std./Woche) mehr unter die Armutsgrenze fällt.
- Berlin setzt sich dafür ein, dass die Förderprogramme auf Bundes- und EU-Ebene um Umweltgesichtspunkte erweitert werden.
- Es wird empfohlen, auf eine Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“ künftig zu verzichten und, anknüpfend an die Berlin Studie und Enko 2005, die knappen Fördermittel auf die folgenden Bereiche zu konzentrieren: Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehrssystemtechnik, Optische Technologie, Gesundheitswirtschaft, Umweltechnik, Kultur- und Medienwirtschaft.
- Klein- und mittelständische Unternehmen werden stärker als bisher bei der Einführung ressourcenschonender Arbeitsverfahren unterstützt. Insbesondere soll angeregt werden, dass diese Unternehmen wiederverwendbare Materialien in Produkten verarbeiten. Die dauerhafte wirtschaftliche Unabhängigkeit der Unternehmen von Förderungen in diesem Bereich wird angestrebt.

#### 3.2 Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe

Berlin braucht neue innovative Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb an führender Stelle stehen. Eine derartige Orientierung auf Spitzentechnologien allein schafft aber nicht genügend Beschäftigung. Daher will die Agenda die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken, indem sie die Initiierung von regionalen Netzwerken zwischen Wissenschaft und kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) anregt und das Potenzial der Öffentlichen Hand zur Schaffung von regionaler Nachfrage ausschöpfen will. Hierzu soll das Land sein Nachfragepotenzial im Rahmen des rechtlich Möglichen einsetzen. Um die regionalen KMU mit hohen sozial-ökologischen Profilen zu stärken, werden in den Ausschreibungen entsprechende Standards geschaffen. Anknüpfend an die Strategie eines qualitativen wirtschaftlichen Wachstums fördert die öffentliche Hand insbesondere die Branchen, die ihre wirtschaftlichen Vernetzungen und einen hohen Anteil ihrer Wertschöpfung in der Region haben.

Ein Erfolgsbeispiel hierfür soll das Bauhandwerk werden, das die geplante Wärmeschutzsanierung des Berliner Wohnungsbestandes durchführen kann und die in der Region produzierten Systeme zum Einsatz erneuerbarer Energien installieren wird. Die Branche der erneuerbaren Energien ist Innovations- und Wachstumsmotor und hat bereits mehr als 150.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Berlin muss an dieser Entwicklung teilhaben, denn es verfügt über hervorragende Wissenschafts- und Forschungskompetenz auf dem Gebiet der Umwelttechnik im Allgemeinen und der Solartechnologie im Speziellen. Dieses Know-how darf nicht, wie so oft in der Vergangenheit, aus der Stadt abwandern, sondern muss entwickelt und gefördert werden. Mit einer lokalen Schwerpunktsetzung z.B. am Standort Adlershof, an dem in einer Fabrik Solartechnik produziert werden könnte, entstehen regionale Netzwerke mit echter

Wertschöpfung. Berlin muss dieses Angebot an innovativer Umwelttechnik „made and produced in Berlin-Brandenburg“ durch eine verstärkte Nachfrage fördern. Weitere Beispiele für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe sind der Ausbau der Kooperation zwischen Handel und Nahrungsmittelwirtschaft sowie die Förderung des regionalen Tourismus.

Eine wichtige Rolle für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe können zudem die im Besitz des Landes befindlichen Unternehmen und die Anstalten öffentlichen Rechts übernehmen.

Darüber hinaus können auch bezirkliche Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit einen Beitrag für die Stärkung der regionalen Wirtschaft übernehmen.

Neue Perspektiven für die Entwicklung des Standortes bieten auch 14 000 Gewerbetreibende (2004) mit Migrationshintergrund.



Eine zukunftsfähige Wirtschaft will alle Potenziale der Entwicklung nutzen. Hierzu gehören auch das Gewerbe mit Migrationshintergrund (z. B. die Döner-Produktion im Wedding) und das Berliner Bauhandwerk.



### Qualitätsziele

Das örtliche Handwerk und die regional orientierten Wirtschaftsbranchen sind wirtschaftlich erfolgreich und schaffen neue Arbeitsplätze. Ein Großteil der in Berlin-Brandenburg konsumierten Nahrungsmittel stammt aus der Region. Das touristische und erholungsrelevante Angebot in Berlin und Brandenburg ist so attraktiv, dass die Berliner und Brandenburger einen erheblichen Teil ihres Urlaubs und ihrer Freizeit in der Region verbringen.



### Handlungsziele

- Steigerung der Anzahl der Beschäftigten in KMU um 20 %.
- Ein Drittel aller in Berlin konsumierten Lebensmittel stammt aus der Region.



### Maßnahmen

- Das Land Berlin wird die Gründung von KMU gezielt unterstützen, insbesondere durch Förderung von Netzwerken, Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Angebot von Gewerbeflächen zu attraktiven Preisen.
- Die Berliner Anstalten öffentlichen Rechts sollen wettbewerbsfähige Angebote für Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge entwickeln und sich an den europäischen Ausschreibungen beteiligen.
- Durch gezielte Förderung der notwendigen Sprach- und Rechtskenntnisse zu Existenzgründungen werden Hürden für Migranten abgebaut.
- Ausländische Hochschulabsolventen, die in Berlin ein Unternehmen aufbauen wollen, werden speziell gefördert.
- In die Ausschreibungen der öffentlichen Kantinen für den Bezug von Lebensmitteln wird als ein Kriterium der regionale Bezug aufgenommen (vgl. Abschnitte Gesundheit I 3.2 und Regionale Agrarwende und Berliner Ernährungsmarkt IV 3.3).
- Das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Programm „Weg von fossilen Energieträgern – Umweltschutz schafft Arbeit“ wird konsequent umgesetzt und in den nächsten Legislaturperioden fortgeschrieben (vgl. Handlungsfeld Energie- und Klimaschutz V); hierzu gehören:
  1. die umfassende Wärmeschutzsanierung der öffentlichen Gebäude und der Gebäude landeseigener Unternehmen,
  2. die schrittweise Wärmeschutzsanierung des Berliner Gebäudebestandes (eine Vorreiterfunktion sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften übernehmen),
  3. die Einführung erneuerbarer Energiesysteme als neuer Baustandard (durch die Einführung von Baupflichten für Systeme zum Einsatz erneuerbarer Energien).  
Durch diese Strategie kommen die weiter steigenden Energiepreise nicht mehr den energieexportierenden Staaten zu Gute, sondern sie dienen wie die eingesetzten Fördermittel des Bundes der Finanzierung der Maßnahmen. Sie erhöhen gleichzeitig die lokale Wertschöpfung, insbesondere im Handwerk und Baugewerbe. Bei der Umsetzung dieses Programms ist die öffentliche Hand mit der Wärmesaniierung ihrer Einrichtungen beispielgebend und ermuntert möglichst viele Unternehmen und Privathaushalte zur Nachahmung. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt zunehmend durch die eingesparten Energiekosten im wärmesanierten Gebäudebestand, die Förderprogramme des Bundes und im Rahmen sog. Energiesparpartnerschaften.
- Berlin setzt sich für die Einführung von bundesweiten Energiemindeststandards für alle Gebäude ein (vgl. Handlungsfeld Energie- und Klimaschutz V).

### 3.3 Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Bildungsstandortes

Wesentliche Potenziale Berlins als Wissenschaftsstandort bilden Einrichtungen zur Fort- und Weiterbildung sowie öffentliche und private Forschungseinrichtungen. Die hier zugehörigen Hochschulen, Akademien und Forschungsinstitute besitzen weltweites Renommee und prägen das Image der Stadt. Sie unterstützen die Qualifikationen der Berliner Bevölkerung und vermitteln zwischen Theorie und Praxis.

Eine hervorzuhebende Aufgabe besteht in deren Einbindung in den Wissenstransfer für unterschiedliche Gruppen (vgl. Handlungsfeld Bildung VII). Diese Institutionen auszubauen und zu unterstützen ist ein wesentliches Element einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik Berlins.



Berlin braucht neben der Stärkung des Dienstleistungsgewerbes und des Handwerks auch Unternehmen mit wettbewerbsfähiger Spitzentechnologie. Hier am Beispiel BESSY II in Adlershof.



### Qualitätsziele

Die Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und Bildung stellen ein Netzwerk dar, in dem wissenschaftliche und produktive Tätigkeiten eng verknüpft sind. Dadurch ist eine höhere Effizienz für Wirtschaft und für Ausbildung erreicht. Das Bildungsniveau der Berliner Bevölkerung ist durch Unterstützung von Hochschulen, Akademien und Forschungseinrichtungen so hoch, dass der Standort Berlin attraktiv für wirtschaftliche Ansiedlungen in zukunftsträchtigen und nachhaltigen Branchen ist. Das Potenzial qualifizierter Frauen wird in hohem Maße berücksichtigt. Das internationale Renommee der in Berlin angesiedelten Forschungseinrichtungen führt zu einer großen Nachfrage von Studierenden, Lehrenden und Forschenden aus dem Ausland. Die Forschung in Berlin ist an den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet und arbeitet unter Einbindung inter- und transdisziplinärer Aspekte. An allen Hochschulen wird mit eigenen Mitteln sowie mit Drittmitteln geforscht, die Forschungsergebnisse fließen in die Lehre ein und ermöglichen somit ein Studium auf höchstem Niveau. Die öffentlichen und privaten Forschungsinstitute bestehen erfolgreich im europäischen Wettbewerb um Forschungsmittel und veröffentlichen ihre Ergebnisse weitestgehend im internationalen Kontext.



### Handlungsziele

- 40 % eines Jahrganges erreichen einen erfolgreichen Hochschulabschluss.
- 60 % eines Jahrganges erreichen einen qualifizierten Ausbildungsabschluss (außerhalb der Hochschulen).



## Maßnahmen

- Strukturanpassungen und Bündelung von Kapazitäten der Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen zur Schaffung weiterer Kompetenzzentren.
- Abbau von Investitionshemmnissen bei Neugründungen und Erweiterungen bestehender Forschungseinrichtungen.
- Ausbau der öffentlichen Forschungsmittel Berlins, Einsatz Berlins auf Bundesebene für die Initiierung auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Forschungsprogramme.
- Vergabe von zinsgünstigem Startkapital an Gründer von Forschungseinrichtungen im Rahmen jährlicher Wettbewerbe.
- Erarbeitung von Kampagnen zur zielgruppenspezifischen Anwerbung von Studierenden, Lehrenden und Forschenden aus dem Ausland.
- Teilnahme der Berliner Hochschulen an Exzellenzinitiativen.
- Verstärkte Einreichung von Forschungsanträgen auf europäischer Ebene durch die privaten wie öffentlichen Forschungseinrichtungen.
- Enge Zusammenarbeit der Berliner Verwaltungen mit den in Berlin ansässigen Forschungsinstituten und Vergabe von Forschungs- und forschungsnahen Beratungsaufträgen an diese Einrichtungen.
- Die Zahl der Studienplätze sowohl für den Bachelorabschluss als auch für den Master wird nicht verringert; sie wird nach Überwindung des Haushaltsnotstandes allmählich erhöht und die Qualität der Lehre und Ausstattung der Hochschulen verbessert.
- Die Berufsschulen bieten in Kooperation mit Weiterbildungsträgern sowie den Kammern Kurse an, die die Berufsschüler auf eine Selbständigkeit vorbereiten.

### Anzahl der Studenten in Berlin von 1992, 1995, 2000 und 2005

|            | Männlich | Weiblich | Insgesamt |
|------------|----------|----------|-----------|
| WS 1991/92 | 81.253   | 61.943   | 143.196   |
| WS 1995/96 | 76.597   | 66.258   | 142.855   |
| WS 2000/01 | 66.200   | 66.206   | 132.406   |
| WS 2005/06 | 66.903   | 66.346   | 133.249   |

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, 2006



## 3.4 Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verteilung der Arbeit

Auch künftig werden ohne eine gerechtere Verteilung der Arbeit nicht ausreichend viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei werden die spezifischen Lebensumstände von Frauen (z.B. auch künftig weitestgehend Verantwortung für Kinderbetreuung und Haushaltsführung) besonders berücksichtigt, um auch ihnen die Erzielung eines Einkommens ohne Abhängigkeit vom Partner und Transferleistungen zu ermöglichen. Da eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit derzeit nicht durchsetzbar erscheint, müssen verstärkt Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Unter Teilzeitarbeitsstellen werden solche verstanden, die sozialversicherungspflichtig sind, ein Einkommen deutlich über der Armutsgrenze sichern und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Beschäftigungsverhältnisse, die diese Bedingungen

nicht erfüllen, wie etwa Minijobs, werden ausdrücklich abgelehnt.

Daher muss trotz der bekannten Probleme (z.B. Einkommenseinbuße) neben allen anderen Maßnahmen auch die Arbeit gerechter verteilt werden. Hierzu existieren unterschiedliche Modelle, die auf ihre Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit zu prüfen sind. So bietet sich beispielsweise eine auf Berlin angepasste Adaption des niederländischen Modells an, mit dem die Niederlande zum Land mit einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten und niedrigsten Arbeitszeit pro Erwerbstätigem in Europa geworden sind. Teilzeitarbeit verteilt die Arbeit nicht nur gerechter, sondern schafft für Eltern und ältere Beschäftigte eine neue Perspektive der Verzahnung von Arbeit und persönlichen Bedürfnissen. Sie muss allerdings ein existenzsicherndes Einkommen über der Armutsgrenze ermöglichen.



Teilzeitarbeit kann die Chancen für Frauen und Männer, einen Arbeitsplatz zu erhalten, verbessern und ihre Lebensqualität erhöhen.



## Qualitätsziele

Durch die gerechte Verteilung der Arbeit wird ein hoher Beschäftigungsgrad unter akzeptablen Arbeitsbedingungen erreicht. Die Bürger erleben dies nicht als eine Verringerung ihres Lebensstandards, sondern positiv als sinkende Arbeitsbelastung, steigende Lebensqualität und Möglichkeit für selbstbestimmte Eigenarbeit.



## Handlungsziele

- Alle Menschen, die einer Teilzeitstelle nachgehen wollen, erhalten eine derartige Stelle.



## Maßnahmen

- Eine andere Verteilung der Arbeit zur Steigerung der Beschäftigung ist bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht umstritten, die Form, wie diese konkret umzusetzen ist, bedarf aber einer weiteren Diskussion. Während viele auf eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung setzen, streben andere eine Verstärkung einer freiwilligen Teilzeitarbeit an, noch andere wollen sich an dem niederländischen Modell orientieren, in dessen Rahmen seit den 80-er Jahren Berufsanfängern im öffentlichen Dienst Anstellungen in Form von 30-32 Stunden-Stellen gegeben werden, wobei durch die eingesparten Mittel weitere Stellen geschaffen werden. Um die andere Verteilung der Arbeit auch in der Privatwirtschaft zu fördern, sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, die Berlin aber nur durch Bundesratsinitiativen vorantreiben kann. Wie eine derartige Förderung aussehen könnte, muss weiter diskutiert werden (z.B. ein abgesenkter Sozialversicherungsbeitrag für die ersten 900 EUR Einkommen).

### 3.5 Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Soziale Ungleichheit, Armut und Ausschluss von der Teilhabe an der Gesellschaft sind in sozialer wie auch in ökologischer und ökonomischer Hinsicht kontraproduktiv und stehen somit einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Da es unwahrscheinlich ist, dass

sich die wirtschaftlichen Wachstumsraten dauerhaft über die Produktivitätssteigerung hinaus erhöhen lassen, wird für die nächsten Jahre die Schaffung von Stellen im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor nach dem skandinavischen Modell angestrebt. Dort erhalten alle Langzeitarbeitslosen eine Stelle im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor.



#### Qualitätsziele

Alle Menschen fühlen sich für die Ausübung einer Erwerbsarbeit im ersten Arbeitsmarkt verantwortlich. Wer hierauf keine Chance hat, geht einer Tätigkeit im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor nach. In der Gesellschaft sind diese Tätigkeiten als gleichwertig zu einer regulären Beschäftigung anerkannt, die hier Beschäftigten fühlen sich nicht diskriminiert. Bezogen auf das oben beschriebene skandinavische Modell erhalten die Beschäftigten eine Entlohnung, die über der Grundsicherung und dem Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose liegt. Die Eigeninitiative bei der Suche nach solchen Beschäftigungen wird honoriert und gefördert. Eingeschlossen sind auch bestehende unentgeltliche Beschäftigungen im öffentlichen und sozialen Bereich, die fortgeführt werden.

Die im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik eingesetzten temporären Beschäftigungsmöglichkeiten mit Bezeichnungen wie „Tätigkeiten mit Mehraufwandsentschädigungen“ sind so zu gestalten, dass sie den Betroffenen eine echte Perspektive bieten, wieder in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis einzutreten. Hierzu ist es notwendig, dass diese unter Gesichtspunkten der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt eingesetzt werden und die staatlich unterstützten Beschäftigungsmöglichkeiten eine Laufzeit von mindestens einem und bis zu drei Jahren aufweisen. Zudem ist darauf zu achten, dass diese Beschäftigungsmöglichkeiten keine negativen Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt haben. So darf es nicht dazu kommen, dass Aufträge an Subunternehmer storniert oder nicht verlängert und durch den Einsatz von staatlich unterstützten Beschäftigungsmöglichkeiten ersetzt werden. Aus- und Weiterbildung geht vor reiner Beschäftigung im öffentlichen/sozialen Sektor, Unterstützung für Menschen in Aus- und Weiterbildung wird weiterhin geleistet.



#### Handlungsziele

- Alle Menschen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind, erhalten eine Stelle mit Aufwandsentschädigung im gemeinnützigen oder öffentlichen Sektor.
- Alle Menschen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind, werden gezielt auf Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten hingewiesen.



#### Maßnahmen

- Die Verstärkung des Grundsatzes Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor ist bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht umstritten, wie dies am sinnvollsten zu erreichen ist, muss aber weiter diskutiert werden. Z.B. fordern viele Abgeordnete, die Dauer der Beschäftigungsmaßnahmen auf ein bis drei Jahre auszuweiten und die Zahl der Stellen im gemeinnützigen Sektor allmählich zu steigern.



Weiterbildung und lebenslanges Lernen bestimmen künftig den Berufsweg.

### 3.6 Verbraucherverhalten

Zu Anfang des 21. Jahrhunderts ist die Stimmung der Verbraucher von diversen Verunsicherungen gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund stagnierender Realeinkommen und von Ängsten um den Arbeitsplatz hat sich das Einkaufsverhalten breiter Bevölkerungskreise über die Jahre verändert. Produkte von geringem Preis werden häufig unabhängig von der Produktqualität vorgezogen. Lebensmittelskandale und Verbrauchergüter von geringer Haltbarkeit belegen, dass Billigwaren oft auch von geringerer Qualität sind und somit langfristig teurer als qualitativ hochwertigere Produkte. Meldungen über inhumane Arbeitsbedingungen in entfernten Produktionsländern wie auch bei heimischen Billiganbietern sollten langfristig zu bewussterem Verbraucherverhalten führen.



Bewusster Umgang mit Ressourcen und entsprechende Verbraucherbildung sind auch im Alltag gefragt.



#### Qualitätsziele

Das Bewusstsein für Qualität und die Warenkenntnisse steigen. Die Arbeits-, Umwelt- und Tierschutzbedingungen, unter denen Lebensmittel und Industriegüter hergestellt werden, sowie der faire Handel bestimmen die Kaufentscheidung wachsender Bevölkerungskreise wesentlich mit. Durch bewussteren Konsumgewohnheiten gleichen die Privathaushalte höhere Preise für langlebige Güter hoher Qualität und für unbelastete Lebensmittel aus. Die Fähigkeit zu ökonomischer Haushaltsführung wird in der Allgemein- und Erwachsenenbildung vermittelt und als wichtige Qualifikation anerkannt.



#### Handlungsziele

- 80 % der verkauften Elektrogeräte in den Bereichen Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik und Multimedia entsprechen der niedrigsten Energieverbrauchsklasse.
- Die Nutzung von Institutionen, die neutral über ökonomische und ökologische Haushaltsführung beraten, steigt um 50 % (Verbraucherzentrale, Stiftung Warentest, Energieberatung).
- Der Anteil verkaufter Lebensmittel aus fairem Handel steigt auf 15 % (Stand 2005 in Großbritannien).



#### Maßnahmen

- Institutionen, die neutral über ökonomische Haushaltsführung informieren (wie etwa Verbraucherzentrale, Stiftung Warentest, Energieberatung), werden in ihrem Bestand gesichert.
- Die Vermittlung ökonomischen und nachhaltigen Grundwissens für den Privathaushalt (u.a. bewusste Ernährung sowie Auswahl und Handhabung von Konsumgütern), wird in den Lehrplänen aller allgemein bildenden Schulen verankert und im Unterricht verlässlich umgesetzt.
- Informationsmodule werden auf Zielgruppen ausgerichtet. Konsumenten sollen über die Möglichkeiten nachhaltigen Konsums insbesondere in den Feldern Ernährung, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik und Kraftfahrzeuge informiert werden.





Viele elektrische Geräte verbrauchen auch dann Strom, wenn sie ausgeschaltet sind, das kann eine Mehrfachsteckdose mit Ausschalter verhindern.

### 3.7 Gestaltung der Informationsgesellschaft

Die Entwicklung der Industriegesellschaft hin zur Informationsgesellschaft ist ein globaler Prozess, der Alltag, Beruf, Freizeit, Ausbildung und Konsum der Menschen weitreichend verändert. Es ist überaus bedeutend, sich diesen Wandlungen und den damit verbundenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen zu stellen und sie unter dem Blickwinkel der nachhaltigen Entwicklung zu bewerten, zu beeinflussen und mitzugestalten.

Aktuell werden Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) mit einem sehr hohen Materialeinsatz hergestellt. Es sind aufgrund permanenter Innovationen relativ kurze Produktlebenszyklen zu verzeichnen, u.a. durch Stand-by-Schaltungen wird Energie nur sehr ineffizient genutzt. Eine Wiederverwendung von Geräten oder Komponenten findet kaum statt. Hier gilt es, ressourcenzuficientere und schadstoffärmere Lösungen zu entwickeln. Die hohe Innovationsgeschwindigkeit und die breite Anwendung in

anderen Wirtschaftssektoren bewirken, dass die IKT wie kein anderer Sektor derzeit die wirtschaftliche und auch die soziokulturelle Entwicklungsdynamik mitprägt.

63,5 % der Berliner ab 14 Jahren nutzen das Internet und 62 % aller Erwerbstätigen in Deutschland haben mit programmgesteuerten Maschinen und Anlagen zu tun. Mit dem Internetzugang und IT-Kompetenz sind grundlegende Veränderungen bei der Nutzung von Informationen, im Konsum, aber auch bei der Beteiligung von Bürgern an demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen verbunden. An dieser Entwicklung nehmen aber nicht alle Gruppen der Bevölkerung teil. Es kommt nach Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht und Ortsteilen zu einer „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft in „Onliner“ und „Offliner“. Die Aufhebung dieser Spaltung, die „digitale Integration“, ist damit ein dringendes und sämtliche Bereiche gesellschaftlicher Aktivitäten berührendes Aufgabenfeld, wenn die Entwicklung zur Informationsgesellschaft ohne zusätzliche soziale Verwerfungen erfolgen soll.

#### Internet-Nutzer in Berlin

**Insgesamt: 63,5 %**

1,65 Mio der Bevölkerung über 14 Jahre

**Frauen: 60 %**

60 % aller Frauen

**Männer: 77 %**

77 % aller Männer

**Breitbandzugang: 30 %**

Haushalte und Unternehmen mit einem Breitbandzugang

**14-49 Jahre: 82,5 %**

Anteil der 14-49 Jährigen

**Generation 50+: 40 %**

Anteil der 50+ Jährigen

**Unternehmen mit Internetzugang: 99 %**

Fast alle Berliner Unternehmen sind an das Internet angeschlossen

**Eigener Webauftritt: 94 %**

Die meisten Berliner Unternehmen haben eine Webseite

**Handwerk: 51 %**

Die Hälfte der Berliner Handwerksunternehmen präsentiert sich im Netz

Die Internet-Nutzung in Berlin liegt mit 63,5 % über dem bundesweiten Durchschnitt (55,1 % der Bevölkerung über 14 Jahre).

Quellen DZ1: Nonliner-Atlas 2004. Aus: Internetangebot der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen



Der Einsatz von programmgesteuerten Maschinen in der industriellen Fertigung hat die Organisation der Arbeit in erheblichem Maße verändert.



Seit kurzem sind die Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten zum Recycling verpflichtet und dürfen keine giftigen Inhaltsstoffe in Elektrogeräten verarbeiten.



#### Qualitätsziele

Die IKT ist ressourcensparend und schadstoffarm gestaltet. Der Energieverbrauch in Produktion und Gebrauch wurde minimiert, der Anfall von Elektronikschrott durch praktizierte Kreislaufwirtschaft verringert. Hierzu werden Wiederverwendungs- und Recyclinggrundsätze bereits in Produktions- und Beschaffungsprozesse integriert. Eine Entkoppelung der Produktlebensdauer von den Innovationszyklen wird angestrebt.

Darüber hinaus werden IKT eingesetzt, um die Ressourceneffizienz in anderen Wirtschaftsbereichen zu erhöhen sowie Kooperation und Vernetzung zu befördern. Das Grundangebot an Information für alle Mitglieder der Gesellschaft und deren freier Zugang zu Informations- und Kommunikationsquellen werden gesichert und gefördert. Das geistige Eigentum wird geschützt, die Medienkompetenz sowie ressourcenschonende und sozialförderliche IKT-Anwendungen sind ausgebaut. Dazu zählt insbesondere auch ihre Nutzung für partizipative Prozesse. Dafür ist ein preiswerter, sicherer und schneller Zugang zum Internet für alle von hoher Bedeutung.



#### Handlungsziele

- Mindestens 90 % aller Haushalte haben einen fußläufigen Zugang zu einem Internetanschluss.



### Maßnahmen

- Berlin soll seine Spitzenstellung bei der Verbreitung von Internetanschlüssen beibehalten und die Unterschiede der Nutzungsanteile verschiedener Bevölkerungsgruppen vermindern. Dies soll u.a. durch gezielte Bildungsangebote und Angebote für kostengünstige Nutzungen von wieder verwendbaren Geräten erreicht werden.
- Berlin betreibt weiterhin die erfolgreiche Landesinitiative „Projekt Zukunft“ und nutzt in diesem Rahmen oder darüber hinaus die folgenden Handlungsoptionen:
- Konkretisierung und Umsetzung der bundesweiten Roadmap für Nachhaltigkeit in der KT in und für Berlin.
- In Zusammenarbeit mit den Verwaltungen wird die Orientierung der öffentlichen Beschaffung dahin gehend verstärkt, dass zukünftig vermehrt umweltgerechte IKT-Produkte nachgefragt werden. Dadurch nutzt die öffentliche Hand ihre Macht als Großnachfrager und beeinflusst die Produkt- und Dienstleistungsangebote.
- Aufbau einer lokalen Kreislaufwirtschaft für IKT-Produkte mit effizienten Systemen zur Verlängerung der Nutzungsdauer, der Rücknahme und des hochwertigen Recyclings.
- Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Verkehr, Logistik und Gesundheitsversorgung durch aktive Nutzung der IKT-Potenziale.
- Verbesserte Bildungsangebote zur Stärkung der Medienkompetenz insbesondere für Frauen, Jugendliche, Senioren, Erwerbslose und Migranten, Ausbau des barrierefreien Internets auch außerhalb der Verwaltung (durch Partnerschaften, vgl. auch Handlungsfeld Bildung VII).
- Aktive Gestaltung neuer Arbeitswelten durch den Einsatz moderner Informationstechniken, die sich durch hohe Flexibilität, Mobilität und lebenslanges Lernen auszeichnen.
- Ausbau des e-government und der edemocracy mit hoher Transparenz und leichteren Zugängen zu Entscheidungsprozessen.
- Kooperation mit Kommunen und Nichtregierungsorganisationen aus Ländern des Südens zur Überwindung der globalen digitalen Spaltung in „information rich“ und „information poor“.



Die Arbeit mit modernster Informationstechnik in Forschungseinrichtungen und Laboren setzt eine hochqualifizierte Ausbildung voraus.



Alle Generationen nutzen die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik.



## VII. Bildung für die Zukunft

### Bildung zukunftsorientiert gestalten